



Model des Lüftungsschachtes des geplanten Feldkircher Stadttunnels.

Österreichs Tunnelblick

Die Stadt Feldkirch will eine Umfahrung bauen und schafft damit eine Verbindung zwischen der österreichischen und schweizerischen Autobahn. Liechtenstein fürchtet im Stau zu versinken. Ein Fall für die Alpenkonvention? Die Vorarlberger Kleinstadt Feldkirch hat ein Verkehrsproblem. Bis zu 50'000 Fahrzeuge pro Tag fahren durch das Zentrum. Die Schadstoffbelastung in der Innenstadt ist die dritthöchste in ganz Österreich. Ursache sind vor allem Lastwagen, die durch die Stadt nach Liechtenstein bzw. in die Schweiz fahren. Auch pendelt die Mehrheit der rund 8'300 Vorarlberger ArbeitnehmerInnen mit dem Auto ins Nachbarland.

Seit gut 30 Jahren plant die Stadt Feldkirch daher einen Tunnel, der die österreichische Autobahn E60 mit der Staatsgrenze verbindet. Das Projekt wurde mehrfach zurückgezogen, umbenannt und angepasst, zuletzt 2005. Damals belegte eine Studie, dass die unterirdische Umfahrung zu häufigerem Stau in Liechtenstein führt.

Liechtensteiner Petition gegen das Projekt

Zurzeit läuft die Umweltverträglichkeitsprüfung des rund 226 Millionen Euro teuren Projekts. Liechtenstein hat allerdings nicht das Recht, sich umfassend in dieses Verfahren einzubringen. Eine Allianz aus Liechtensteiner GemeindevertreterInnen und Umweltorganisationen, unterstützt vom CIPRA-Jugendbeirat, hat nun eine Petition gestartet. Sie fordert von der liechtensteinischen Regierung eine Untersuchung über die Auswirkungen des Tunnels auf den Kleinstaat. Schätzungen zufolge wird der Verkehr wegen des Stadttunnels am wichtigsten Grenzübergang um die Hälfte zunehmen. Den Liechtensteiner Gemeinden mit Anschluss an die Schweizer Autobahn droht Stau. Dabei gibt es bereits Studien und konkrete Pläne für ein kostengünstigeres und umweltfreundlicheres Projekt: den Ausbau der S-Bahn zwischen Liechtenstein, Österreich und der Schweiz. Sie würde nicht nur die BewohnerInnen der Stadt Feldkirch vom Verkehr entlasten, sondern die Menschen in der gesamten Region.

Verletzt Österreich die Alpenkonvention?

Die Liechtensteiner Petition verlangt auch, dass die liechtensteinische Regierung klären soll, ob Österreich mit dem Projekt das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention verletzt. Denn der Tunnel hebt mehr als ein Dutzend Kreuzungen auf und schafft eine direkte Verbindung zwischen der österreichischen Rheintalautobahn und der Schweizer A13. Damit entsteht eine beinahe durchgehende Schnellstrasse zwischen München und Mailand, die kürzer und damit für den Schwerverkehr attraktiver ist als die Route über den Brennerpass. Die Alpenkonvention aber untersagt den Neubau solch hochrangiger Strassen durch die Alpen. Der internationale Staatsvertrag sieht weiter vor, dass Staaten sich bei Projekten anderer einbringen dürfen, wenn sie von den Auswirkungen betroffen sind. Dann könnte es für die Stadt Feldkirch schwierig werden, das Projekt gegen den Willen des Nachbarn umzusetzen.

Quelle und weitere Informationen: www.youtube.com/watch?feature=player, <http://bua.gmg.biz/BuA/default>, www.feldkirch.at/stadt/archiv/november-2013, www.feldkirch.at/stadt/archiv/september-2013, www.stadttunnel.eu/, www.petition-stadttunnel.li/

Standpunkt



Standpunkt: Die Berge wachsen nicht in den Himmel

Berge und Täler werden nicht grösser - zumindest nicht im Zeithorizont eines Menschen. Unser Appetit jedoch wächst von Tag zu Tag. Früher oder später werden wir unseren Verbrauch natürlicher Ressourcen an deren Verfügbarkeit anpassen müssen. Entscheiden wir uns für ein massvolles Leben aus freiem Willen, bevor wir dazu gezwungen werden! fordert Claire Simon. Vor nicht allzu langer Zeit lebten wir Menschen insbesondere in den

Bergen innerhalb der Grenzen, die uns die Umwelt setzte. Dann meinten wir, uns durch Wissenschaft und Technik davon befreien zu können. Das Wachstumsparadigma liess uns von einer Erde und von Alpen ohne Grenzen träumen. Die Konflikte jedoch zwischen unserem Lebensstil und dem Gleichgewicht der natürlichen Umgebung, in der wir leben, nehmen an Anzahl und Komplexität zu. Die CIPRA schaut sich in den Alpen um und lotet Möglichkeiten aus, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, besser zu verstehen und zu bewältigen. Wir sind überzeugt: Ein anderes Leben ist möglich.

VertreterInnen der Wissenschaft, darunter auch WirtschaftswissenschaftlerInnen, bestätigen immer wieder, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Das Konzept des ökologischen Fussabdrucks zeigt, dass die Erde nicht ausreicht, um unsere Nachfrage zu decken. Viele Menschen sind sich dieses Problems bewusst, aber Lösungen sind nicht einfach umzusetzen. Insbesondere in der Politik ist die Forderung nach einem massvollen Leben kein attraktiver Wahlkampfeslogan.

Einige Kommunen und Institutionen zeigen jetzt, dass es möglich ist; sie haben beschlossen, die erforderlichen Veränderungen einzuleiten. Zehn Städte aus der Schweiz, Deutschland und Österreich haben gemeinsam die Kampagne "Wir leben 2000 Watt" ins Leben gerufen. Sie beruht auf den Berechnungen der ETH Zürich, denen zufolge jeder Mensch auf der Erde mit 2000 Watt auskommen müsste, um das ökologische Gleichgewicht zu bewahren. Heute verbrauchen wir in den Alpenländern über 6000 Watt pro Person.

Die CIPRA zählt auf eine umfangreiche Gemeinschaft von Vereinen, Institutionen, MandatsträgerInnen, ForscherInnen, Unternehmen und jungen Menschen, die sich bemühen, gemeinsam Wege zu finden, um besser zu leben und weniger zu verbrauchen. In Bozen, Luzern, Brig setzten sich 2013 die Teilnehmenden an von der CIPRA organisierten Seminaren und Konferenzen mit der Notwendigkeit auseinander, kreative Lösungen zu finden und umzusetzen. Wir bleiben auch 2014 an diesem Thema dran, damit die Lebensqualität auf unseren Bergen und in unseren Tälern erhalten bleibt - auch wenn diese nicht in den Himmel wachsen.

Neues von der CIPRA



Alpen mitgestalten: VertreterInnen der Zivilgesellschaft wollen bei der Erstellung der makroregionalen Strategie für die Alpen mitmischen.

Wir sind die Makroregion Alpen

Am 19. Dezember 2013 entscheidet der Europäische Rat, ob es eine europäische Strategie für den Alpenraum geben soll. Staaten und Regionen feilen seit Monaten an einem entsprechenden Vorschlag - und lassen VertreterInnen der Zivilgesellschaft aussen vor. Warum die Makroregion Alpen die Wissenschaft, NGOs und Gemeinden braucht. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union entscheiden am 19. Dezember 2013, ob die EU-Kommission einen Vorschlag für eine europäische Strategie für den Alpenraum ausarbeiten soll. Was aber sind die Themen dieser Makroregion? Wie sind die Prozesse der Entscheidungsfindung? Dazu arbeiten die Alpenstaaten und einige ausgewählte Regionen seit rund einem halben Jahr an einem Vorschlag, koordiniert vom französischen Aussenministerium. Dieses Dokument soll Grundsatzfragen beantworten und, kommt eine europäische Strategie für den Alpenraum, schon konkrete Vorschläge für ihre Umsetzung liefern. Allerdings: VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Natur- und Umweltschutzorganisationen, Alpenvereine, Wissenschaft und Alpengemeinden durften bei der Ausarbeitung nicht mitreden.

EU-Strategie für den Alpenraum: auf Erfahrungen und Erfolge bauen

Dabei pflegen diese alpenweiten Netzwerke und NGOs schon lange eine Kultur der Zusammenarbeit und des Austausches, zum Beispiel über die Alpenkonvention. Diese formuliert Ziele für den Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Alpen, bietet Instrumente und eine Grundlage für Kooperationen. Der Geist der Alpenkonvention muss auch in einer europäischen Strategie für den Alpenraum weiterleben, fordern daher die CIPRA, Netzwerke von Gemeinden, Alpenvereinen und WissenschaftlerInnen. Acht solcher Organisationen haben ihre gemeinsamen Forderung und Vorschläge für eine Makroregion in ein Papier geschrieben. Es enthält Überlegungen, was die Themen einer Makroregion sein sollten und wie die europäische Gemeinschaft und die Alpen mit einer gemeinsamen Strategie gewinnen können.

Offene und transparente Prozesse

Kernelement einer europäischen Strategie für den Alpenraum ist eine neue Multilevel-Governance. Dies verlangt die Europäische Kommission, und das fordern auch die acht Organisationen in ihrem Papier. "Eine Makroregion bringt Europa und den Alpenraum nur

dann einen Schritt weiter, wenn sie für die Menschen vor Ort einen Nutzen hat", so Claire Simon, Geschäftsführerin von CIPRA International. NGOs als Vertreter der Zivilgesellschaft könnten eine solche neue Strategie vermitteln und die Netzwerkerfahrung aus den Alpen nach Europa tragen. Dafür aber müssen die NGOs an der Ausarbeitung einer europäischen Strategie für den Alpenraum direkt beteiligt werden. Gemeinsames Positionspapier der Organisationen Verein "Alpenstadt des Jahres", "Allianz in den Alpen", Club Arc Alpin, Internationale Alpenschutzkommission CIPRA, Internationales Wissenschaftliches Komitee Alpenforschung ISCAR, proMONT-BLANC, World Wide Fund for Nature WWF, Weltnaturschutzorganisation IUCN und weitere Informationen: www.cipra.org/de/presse/medienmitteilungen

Neues aus den Alpen

Erste Plus-Energieregion in Frankreichs Alpen

Chambéry, Annecy und der regionale Naturpark Massif des Bauges wollen gemeinsam Plus-Energieregion werden. Eine französische Premiere in den Alpen.

Es ist aus mehrerlei Hinsicht ein ganz besonderes Pilotprojekt: Der regionale Naturpark Massif des Bauges, die Agglomerationen Chambéry Métropole und Annecy wollen die erste Energieregion in den französischen Alpen werden. Einzigartig für Frankreich ist auch die Partnerschaft zwischen urbanen und ruralen Räumen, zwischen wichtigen städtischen Zentren und einem Schutzgebiet. In der gesamten Region leben 350'000 Menschen.

In der ersten Dezemberwoche 2013 fand nun die offizielle Auftaktveranstaltung der geplanten Energieregion statt. Ziel ist es, bis 2050 ein Gleichgewicht zwischen der Produktion von Energie und deren Verbrauch zu schaffen. Deshalb sollen zum einen politische Anreize gesetzt werden, um den Energieverbrauch zu senken. Zum anderen soll der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden. Wie das gehen soll, entscheidet jeder der drei Partner für sich unter Koordination des Naturparks. Die Entwicklung eines Governance-Modells ist dabei Teil des Projekts.

Die Städte Chambéry und Annecy haben beide für ihre Anstrengungen in der nachhaltige Entwicklung die Auszeichnung "Alpenstadt des Jahres" erhalten und arbeiten gemeinsam mit ihrer jeweiligen Agglomeration im Gemeindenetzwerk "Allianz in den Alpen" mit rund 300 Kommunen aus dem gesamten Alpenraum zusammen.

Quelle und weitere Informationen : www.parcs-naturels-regionaux.fr/fr (fr)

Schweiz verfehlt Verkehrsverlagerung

Zu viele Lastwagen fahren immer noch auf Schweizer Strassen, so der Bundesrat in seinem Verlagerungsbericht. Statt konkreter Massnahmen zur Verlagerung der Güter auf die Schiene, will er nun eine neue politische Diskussion. Dagegen gibt es Widerstand.

Im Jahr 2012 querten rund 1,2 Millionen Lastwagen die Schweizer Alpen. Laut Verfassung dürfen es 2018 nur mehr 650'000 sein. Die Schweizer Regierung kommt in ihrem alle zwei Jahre publizierten Verlagerungsbericht zum Schluss, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Nun macht sie den Vorschlag, nicht mehr die Zahl der Lastwagen zu reduzieren, sondern bei deren Umweltbelastung anzusetzen. Denn verschiedene Prognosen würden davon ausgehen, dass die vom Schwerverkehr verursachte Umweltbelastung im Alpenraum durch Verbesserungen bei den Fahrzeugen zurückginge. Die Luftgrenzwerte könnten so zukünftig eingehalten werden.

Die Alpen-Initiative und die Grünen wehren sich gegen diese politische Diskussion. Denn die Verfassung verlangt seit 20 Jahren, dass die Güter alpenquerend auf der Schiene transportiert werden. Zudem hat sich die Effizienz der Kraftstoffe für Lastwagen in den letzten 25 Jahren nicht verbessert. Damit sind die CO₂-Emissionen weiter stark gestiegen. Zur Verlagerung der Güter auf die Schiene fordert die Alpen-Initiative unter anderem die Erhöhung auf das von der EU erlaubte Maximum der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, d.h. der Maut für Lkws über 3,5 Tonnen. Zudem soll die Schweizer Regierung sich für eine Alpentransitbörse für den gesamten Alpenraum einsetzen.

Quelle und weitere Informationen: www.alpeninitiative.ch/alpeninitiative, www.bav.admin.ch/verlagerung/01600/01604

Staaten verbieten Fracking am Bodensee

Trinkwasser ist wertvoller als Erdgas. Darin sind sich die Länder am Alpenrhein einig und formulieren klar ihren Standpunkt zur Erschliessung potenzieller Erdgasressourcen durch Fracking.

Die Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) hat sich Mitte November 2013 gegen Fracking am Bodensee ausgesprochen. Die Regierungen der Schweizer Kantone Graubünden und Sankt Gallen, des österreichischen Bundeslands Vorarlberg und des Fürstentums Liechtenstein waren darin einer Meinung. Damit bezogen die Mitglieder der IRKA klar Stellung für den Schutz des Trinkwassers: Der aus dem Alpenrhein gespeiste Bodensee ist das grösste Trinkwasserreservoir Europas und versorgt fünf Millionen Menschen mit dem Lebenselixier.

Beim Fracking wird ein Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien ins Gestein gepumpt, um Erdgas zu lösen.

Grundwasser kann dadurch verunreinigt werden. Dieses Risiko wollen die IRKA-Mitglieder nicht eingehen. Ähnliche Signale kommen aus Frankreich. Zwar fordern VertreterInnen des Parlaments die Aufnahme von Probebohrungen im Pariser Becken. Die Regierung hält aber an dem Verbot von Fracking aus dem Jahr 2011 fest.

Alpenstädte feiern das Jahr 2014

Die 15 Mitglieder des Vereins "Alpenstadt des Jahres" wollen ihr Netzwerk stärken - und rufen 2014 zum Jahr aller Alpenstädte aus. Über junge Menschen, die grenzübergreifend an Projekten arbeiten, und GemeinderätInnen, die sich gegenseitig besuchen.

Erstmals tragen 2014 gleich 15 Städte gleichzeitig den Titel "Alpenstadt des Jahres". Dieses gemeinsame Jahr aller Alpenstädte soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des gleichnamigen Vereins weiter stärken. Organisiert wird daher eine Reihe von gegenseitigen Besuchen, Exkursionen und Veranstaltungen, die BürgermeisterInnen, GemeinderätInnen und MitarbeiterInnen der Verwaltung zusammenbringen.

Das "Jahr der Alpenstädte" bringt auch die BewohnerInnen dieser Städte einander ein Stück weit näher. Im Mai 2014 startet ein Jugendaustausch zwischen deutschen, italienischen und slowenischen "Alpenstädten des Jahres". Die jungen Menschen besuchen dabei Kommunen aus dem Netzwerk, lernen Jugendliche vor Ort und Projekte, die aus partizipativen Prozessen entstanden sind, kennen.

Quelle und weitere Informationen: www.alpenstaedte.org/de/aktuell/news

Neues Label für alte Häuser

Die Marke "Borghi alpini" zeichnet in den italienischen Alpen neu Dörfer und Ortschaften aus, die vom Verfall bewahrt und saniert wurden. Eine griffige Massnahme gegen die Spekulation mit Immobilien und den Flächenverbrauch?

Der italienische Verband für Berggemeinden UNCEM will 5'000 aufgegebene Gebäude in den Bergen des Piemonts bewohnbar machen und auf den Markt bringen. Daher hat er das Label "Borghi alpini" geschaffen. EigentümerInnen ohne Interesse an einer eigenen Nutzung sollen so die Gebäude besser an jene verkaufen können, die Wohnungen suchen. Gleichzeitig sollen keine freien Flächen verbaut werden. Beantragen können das Label nicht nur Gemeinden, sondern auch BauherrInnen, Unternehmen und jene, die in den Erhalt von Ortschaften im Berggebiet investieren. Derzeit werden mehrere Weiler und ganze Bergdörfer saniert. Gesucht und getestet werden dabei die besten Strategien, um die Kosten der Baumassnahmen so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig den Marktwert der sanierten Gebäude zu erhöhen. Die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der einzelnen Sanierungen werden ab Februar 2014 auf einer eigenen Website vorgestellt.

Dieses Projekt zum Erhalt bestehender Gebäude steht für eine Wende in den italienischen Alpen. Diese waren in den vergangenen Jahrzehnten von spekulativen Immobiliengeschäften mit Neubauten zugunsten von Bauunternehmern geprägt.

Quelle und weitere Informationen: www.uncem.piemonte.it/News.php?id=252 (it)

Biodiversität: Stress im Hasenkot

Winterbegeisterte gefährden die Zukunft des Schneehasen in den Alpen. Dafür lieferten ForscherInnen nun erstmals den Beweis - mit einer unkonventionellen Methode.

Ob und wie sich Belastungen auf den Organismus von Wildtieren auswirken, ist von aussen nicht zu erkennen. Lange stapfte daher Wildtierbiologe Maik Rehnus durch die Schweizer Winterlandschaft, bis er genug Kot von Schneehasen gesammelt hatte. Die darin enthaltenen Hormonrückstände zeigen ihm den Stresslevel der Tiere an - mit Hilfe eines biochemischen Verfahrens. Das Ergebnis der Studie ist eindeutig: Die Nähe zum Menschen, wie in Tourismusregionen, macht die Tiere nervös. Winterbegeisterte aller Sportarten dringen in ihr Revier ein und rauben dem nachtaktiven Hasen den Schlaf. Dieser Stress führt zu einem erhöhten Energiebedarf, der im Winter nicht nachgeessen werden kann. Die Folgen reichen von einem erlahmenden Liebesleben bis zum Tod.

ForscherInnen empfehlen daher Wildruhezonen wie es sie bereits für Hirsche oder Vögel gibt. So können die weissen Hasen vor den Freizeitaktivitäten des Menschen geschützt werden. Die Studie wurde von der österreichisch-schweizerischen Forschungsgruppe im renommierten Journal of Applied Ecology veröffentlicht.

Quelle und weitere Informationen: www.vetmeduni.ac.at/de/infoservice

Agenda

Ausstellung: **Wanderausstellung Constructive Alps**. 11.12.2013 – 17.1.2014. Linz, Landesdiensleistungszentrum Oberösterreich.
Sprachen: de. Veranstalter: Constructive Alps, Internationaler Preis für

Oh!...

... der Winter ist da! Zu Saisonbeginn warten Skigebiete mit zahlreichen Neuigkeiten auf. Das Fassatal in den Trentiner Dolomiten ist

nachhaltiges Bauen und Sanieren in den Alpen. [Mehr »](#)

Tagung / Kongress: **Joint conference on an EU Strategy for the Alpine region** . 17.12.2013 – 17.12.2013. Brüssel. Sprachen: en.
Veranstalter: Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention, Innsbruck/AT.
[Mehr »](#)

Diskussion / Runder Tisch: **Alpenforum: Die Alpen als Funpark Europas?**. 29.1.2014 – 29.1.2014. München. Sprachen: de.
Veranstalter: Alpines Museum des Deutschen Alpenvereins, Haus des Alpinismus, München/DE. [Mehr »](#)

Workshop / Seminar: **Klimawandel als Impuls für die Wirtschaft**.
30.1.2014 – 30.1.2014. Brig-Glis. Sprachen: en. Veranstalter: Verein
Alpenstadt des Jahres, Villach/AT. [Mehr »](#)

Tagung / Kongress: **ForumAlpinum 2014**. 17.9.2014 – 19.9.2014. Val
Camonica. Sprachen: en. Veranstalter: ISCAR International Scientific
Committee on Research in the Alps, Bern/CH. [Mehr »](#)

besonders wegweisend, zukunftsorientiert und innovativ, wenn es um die sanft-mobile Fahrt zwischen Hotel und Piste geht. Das Skigebiet wirbt auf seinem Onlineauftritt mit der Neuheit "Mobilitätsservice zum ermässigten Preis". Bis zu fünf Euro müssen WintersportlerInnen zukünftig berappen für eine Skibus-Tageskarte. AnwohnerInnen, die den Bus in der Vergangenheit rege nutzten, können gar ein vergünstigtes Saisonsticket lösen. Bisher war der Bus für alle gratis. Von nichts auf ermässigt - ein wahrhaft reduziertes Service.

Quelle und weitere Informationen:
www.mountainwilderness.it/news/displaynews
(it), www.fassa.com/DE/Skibusservice/